

einigten Staaten, dagegen nur noch 24,4 (28,4) Proz. auf Großbritannien und 20,0 (29,0) Proz. auf Deutschland, dagegen 20,8 (15,8) Proz. auf die übrigen Länder.

Wenn das Programm der Weltwirtschaftskonferenz sich u. a. mit der Lage der Hauptindustrien der Welt nach Produktionskapazität, tatsächlicher Erzeugung, Verbrauch, Arbeiterkraft als einer seiner Hauptaufgaben beschäftigen will, so ist das ein Zeichen dafür, wie sehr in den maßgebenden Kreisen der Weltwirtschaft das Gefühl vorhanden ist, daß hier viel Sand in die Maschine geraten ist. Wie sehr hatten wir uns vor dem Krieg doch daran gewöhnt, den europäischen und weltwirtschaftlichen Organismus als eine Selbstverständlichkeit hinzunehmen! Heute aber ist diese Ausgeglichenheit in der Weltwirtschaft erheblich gestört. Aufgabe der Friedenskonferenz wäre es gewesen, statt politische Grenzverschiebungen vorzunehmen und Völker weiter auseinanderzudividieren, die durch den Krieg vernichtete Wirtschaftseinheit wieder herzustellen, vor allem auch die Wirtschaftsmaschine wieder in Gang zu bringen. Man hat das aber nicht oder wenigstens nicht genügend getan. Das weltwirtschaftliche Manifest vom Oktober vorigen Jahres ist ein flammender Protest gegen den internationalen Unverstand; die Weltwirtschaftskonferenz in Genf soll nur ein Anfang und Versuch sein, wieder eine weltwirtschaftliche Ordnung aufzubauen.

In die Siedrungen und Veränderungen, die seit 1914 in der Weltwirtschaft vor sich gegangen sind, gewähren die vom wirtschaftlichen Komitee des Völkerverbundes der Weltwirtschaftskonferenz vorgelegten Denkschriften kennzeichnende und lehrreiche Einblicke. Eine solche über die der Kohle, Eisen, Baumwolle, Seide, Schiffbau, Maschinenbau u. a. Produktionsgebiete maßgebenden wirtschaftlichen Erzeugnisse und Tendenzen hebt als besonders charakteristisch das ansehenshulle Anwachsen der Fabrikation über das Maß der gewöhnlichen Marktbefürfnisse hinaus, verursacht durch die befördernden Bedürfnisse der freilebenden Staaten während des Krieges. Nach der gleichen Richtung hin wirkte die Neuschöpfung der nationalen Industrien, mit der Absicht, die Rohstoffe im Produktionslande zu verarbeiten. Dadurch entstanden hier Konkurrenz-Industrien für die alturopäischen Länder, die umgekehrt infolge der starken Verarmung Europas wieder weniger als vormem lauffähig waren. Siedrungsomente trugen ferner in das Gleichmaß der Vorkriegszeit Veränderungen in der Nachfrage nach gewissen Industrieprodukten zufolge von Preislenkungen, so für Kohle durch die Entwicklung der Verwendung der Wasserkraft für die Elektrizität und durch die wachsende Gewinnung von Petroleum. Der Bedarf vermehrte sich inbezug auf Schiffsbau, ferner für Metall durch die Ausnutzung von Atollen. Bei Baumwolle und Wolle verringerte sich der Bedarf durch die Ausbreitung der Strumpfwirkerei und des Gewirkes aus Seide und Kunstseide, steigerte sich andererseits wieder durch den geringeren Verbrauch von Eisen.

Es gewährt einen besonderen Reiz, diese Umschichtungen in der Weltwirtschaft sich an einigen Industrien vor Augen zu führen. Besonders in die Augen springend sind diese Verschiebungen in der Baumwollindustrie der Welt und zwar sowohl in Erzeugung wie Abzug. Die Weltspinnelzahl hat sich 1926 gegenüber 1913 um 14,1 Proz. erhöht und zwar auf Kosten Europas. Der europäische Anteil, der vor dem Kriege 69,4 Proz. betrug, ist auf 62,9 Proz. zurückgegangen. Der amerikanische Anteil dagegen stieg von 23,0 auf 25,7 Proz., der asiatische Anteil am Weltspinnelbestand von 0,5 im Jahre 1913 auf 10,7 Proz. Im Jahre 1926 Deutschlands Spinnelzahl ging um 64 Proz. zurück, diejenige Frankreichs stieg um 28,5 Prozent, im wesentlichen infolge der Abtretung des Elsass an Frankreich. Ehemalige Stoffbezugsländer stütz sich zum Export übergegangenen. An erster Stelle Japan. Sein Stoffexport hat sich 1926 gegenüber 1913 auf das Neufache erhöht. Die Stoffausfuhr aus den Vereinigten Staaten stieg in der gleichen Zeit um 27,3 Proz. Für Deutschland hat sich der Ausfuhrüberschuß in Kleidung, der in der Vorkriegszeit 10 000 Tonnen betrug, bis 1926 auf 3200 Tonnen verringert.

Die Krise im Weltschiffbau ist ebenfalls am größten Teil eine Folge der Überproduktion in der Nachkriegszeit, die gleichzeitig durch den unbegrenzten Bau von Staatslotterien für Kriegesgegnern in Nordamerika, Kanada und Australien gekennzeichnet ist. Mit dem Kriegszusammenbruch nahmen fast alle Produktions- und Exportländer den Vorrang zurück, nämlich auf 5 Millionen Tonnen, wovon 3 1/2 Millionen Tonnen zur Handelsflotte entfielen. Demgegenüber zeigte die Panarische des Handelschiffbaus für 1910 10 Millionen Tonnen. Daneben steht die Tatsache, daß die Bestimmungen sich gegenüber dem Vorkriegsstand um 17 1/2 Millionen auf 64 1/2 Millionen vergrößert hat. Der weltweite Schiffsaufbau in der Welt erreicht vermutlich heute keine 55 Millionen Tonnen.

Einem starken Leerlauf hat die Weltmaschinenindustrie aufzuweichen, über die für die Jahre 1908—1920 der Verein der deutschen Maschinenbau-

## Beruhigende Erklärungen für Polen.

© Bad Ceynhausen, 8. Mai. Anlässlich der Tagung des Wahlkreisverbandes Westfalen der Deutschen Volkspartei am Sonntag in Bad Ceynhausen sprach nach Referaten des Reichsministers a. D. Scholz, der Landtagsabgeordneten Frau von Kuleja und des Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo der Reichsaussenminister Dr. Stresemann in einer Diskussionsrede auch über die außenpolitische Lage und führte dabei folgendes aus: „Der „Tempest“ hat vor wenigen Tagen erklärt, daß der Außenminister ebenso wie die Deutsche Volkspartei im Reichskabinett inbezug auf ihre Anschauungen isoliert seien. Diese Behauptung des „Tempest“ entspricht nicht den Tatsachen. In den Richtlinien, die zur Bildung der gegenwärtigen Regierung führten haben die Parteien, die heute die Regierung bilden, sich zur Fortführung der bisherigen Außenpolitik entschlossen. In dieser Fortführung der Außenpolitik sind mir seitens des Kabinetts keine Hindernisse bereitet worden. Wenn die Rundgebungen in Deutschland, die insbesondere an die Traditionen der alten Armeen anknüpfen, etwa mit einem Abweichen von dieser Außenpolitik in Verbindung gebracht werden, so ist dies eine völlig falsche Darstellung. In Deutschland bestehen noch Organisationen dieser Art. Sie sind schließlich doch nur der psychologische Reflex der einseitigen deutschen Erziehung. Sie würden ihre bedeutungsvolle Existenz in dem Augenblick verlieren, in dem der deutschen Abrüstung die Abrüstungen anderer Völker folgten. Wenn man sie anders ansieht, wenn man davon spricht, daß neben der Reichswehr in Deutschland gewissermaßen noch ein heimliches schlafendes Heer bestünde, das in einem Augenblick erwache und sich auf seinen Nachbar stürze, was irgend jemand es erlaubt, so sind das Märchen, würdig eines Jules Verne, aber nicht würdig einer ernsthaften Betrachtung. Ich darf auch nicht darauf hinweisen, daß es die Regierungserklärung des neuen Kabinetts war, die offen davon gesprochen hat, daß die Reichsregierung jede Politik der Revanche ablehne. Schließlich ist mein Name mit der Außenpolitik, die in den letzten vier Jahren geführt worden ist, derartig verbunden, daß ich selbst verständlich nicht Außenminister bleiben könnte, wenn an dieser grundsätzlichen Einstellung zur Außenpolitik sich etwas ändere. Bisher sind aber auf dem Gebiete der Außenpolitik keine Vorgänge zu verzeichnen, die als ein solches Abweichen gekennzeichnet sein würde. Was die Erörterung über die Frage des Ostocarno (Niede Gergel, die Redaktion!) anlangt, so bemerke ich, daß unser Verhältnis zu unserm östlichen Nachbarn, zu Polen, geregelt ist durch diejenigen Abmachungen, die in Locarno getroffen worden sind. Diese Abmachungen wurden vielfach nur auf unser Verhältnis zu Frankreich und Belgien gezogen. Der Gesamtwort besteht aus diesen Abmachungen mit ihren starken Bindungen mit den westlichen Nachbarstaaten, andererseits aus dem mit Polen abgeschlossenen Schiedsvertrag, der ebenfalls eine friedliche Auseinandersetzung über Differenzen zwischen beiden Ländern gewährlässt. Diese Situation habe das neue Kabinett bei seiner Bildung vorgefunden und sie durch nochmalige Aussprache und Anerkennung der bestehenden Verträge besonders unterstrichen. Die Frage unseres Verhältnisses zu Polen ergibt sich daher aus der geschilderten Grundlage.

„Das Giffen, 8. Mai. Aus dem Niederachischen  
 Wirtshaus (Kastag) hier Reichsminister Dr. Tresemann in  
 einer Ansprache über die gegenwärtige wirtschaftliche  
 Lage, die mit Treue zu begreifen, das eine gewisse  
 Besserung der Wirtschaftslage, sehr aufzuheben  
 und auch in dem Wirtshaus der Arbeitslosen  
 stattfinden zum Ausdruck kommen. Trotzdem müsse ein  
 Abschied von der Gegenwart werden, das heißt Beginn einer  
 Besserung, deren Weiterentwicklung gar nicht abzusehen  
 ist, dazu werden die produktiven Kräfte Deutschlands  
 zu überbieten. Die finanzielle Basis Deutschlands sei  
 durch den verlorenen Krieg außerordentlich hart ge-  
 schwächt. Ein Zeichen dafür sei die Ländel, das die  
 Staatsbankrott sei.

\* Paris, 8. Mai. Im Laufe des gestrigen Tages ist durch den „Temps“ bekannt geworden, daß Votischastski Dr. Rieth am Freitagabend erneut am Quai d'Orsay vorgeprochen und die in den Vortagen eingeleiteten Unterhandlungen mit Briand fortgesetzt hat. Der Besuch Dr. Rieths dürfte vor allem dem Zweck gegolten haben, Herrn Briand auf die Unhaltbarkeit der Situation hinzuweisen, in die die deutsche Regierung und vor allem der deutsche Außenminister Bismarck durch den völligen Stillstand der Economopolitik und das mangelnde französische Entgegenkommen in der für Deutschland vitalen Frage der Rheinbesetzung geraten müßten.

Der offizielle „Welt Pariser“ stellt fest, daß sich die Unterhaltung Dr. Rieths mit Briand auf die Frage der Verringerung der Besatzungstruppen und ferner auf die Zerstörung der Befestigungsanlagen an der deutschen Obergrenze bezogen habe. Nach dem Blatt soll Dr. Rieth erklärt haben, daß eine Verringerung der Besatzungstruppen um etwa 25 000 Mann in Einklang mit den in Socarno gegebenen Versprechungen stehe. Eine Seite von den Alliierten vorgenommene Verringerung würde dafür sprechen, daß sie dem Geiste von Socarno treu geblieben seien. Stranzösischerseits, so stellt das Blatt fest, wende man ein, daß schon eine sehr erhebliche Verminderung der Besatzungstruppen eingetreten sei, (?) auch sei die Besatzung schon viel leichter gestaltet. (?) Zur Frage der Befestigungszerstörungen sagt das Blatt, daß noch immer Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten und Deutschland beständen. Deutschland gebe wohl seine Zustimmung dazu, daß ein Militäratache der Alliierten an Ort und Stelle die nötigen Feststellungen treffen soll, wolle aber nichts von einem gleichzeitigen Besuch von drei militärischen Sachverständigen wissen, was zu sehr an die aufgelöste Interalliierte Kontrollkommission erinnern würde.

Der „Matin“ schreibt, Chamberlain habe kürzlich die Zufuhrsamkeit der französischen Regierung auf die Nothwendigkeit gelenkt, den Bericht der Berliner Militärkommission über die Durchführung des Februarabkommens zu prüfen, bevor einer Demarche der Wilhelmsstraße Folge geleistet werden könne. Das Blatt stellt fest, daß die Forderung Dr. Stresemanns wenig Aussicht auf Erfolg habe, vor dem 15. Juni angenommen zu werden, denn an diesem Tage laufe die Frist für die Verstärkung der Besetzungsanlagen ab. Das Blatt glaubt vom Quai d'Orsay zu wissen, daß der deutsche Geschäftsträger keine Note überreicht, sondern sich darauf beschränkt habe, an die Opiu den Großmächten eingegangenen Verpflichtungen zur Verringerung der Besatzungstruppen zu erinnern. Der deutsche Geschäftsträger habe anscheinend auch darauf bestanden, daß die Verpfichtungen der Alliierten in kürzester Zeit erfüllt würden, da das Reich die Verpflichtungen des Februarabkommens, ausgeführt habe. Der Bericht soll mit den bekannten Vorbehalten geantwortet haben. Im übrigen ist die Presse darüber ungethan, daß die amtlichen französischen Stellen über den zweiten Besuch Dr. Niehs Stillschweigen beobachten.

## A. Sulfure 0.3 m. l.

Besten nachmittag unternahm der Reichspräsident eine Fahrt nach dem Spielplatz Haageweij, wo turnerische und sportliche Veranstaltungen gegeben wurden. Dabei gelangte auch das sogenannte Stöckchenfest, ein alter rheinischer Nationalsport, zur Vorfüh- rung. Einer Einladung des Seimatreizers folgend suchte der Reichspräsident dann nach Bad Zwillingen weiter. Nach dem Empfang durch den Amtsbürgermann und den Gemeindevorsteher fuhr der Reichspräsident die Front der Vaterländischen Verbände ab, und begab sich nach dem Wauernhaus, an dessen Vortheater nach einer Begrüßung durch den Vorstand des Vereins „Die Schütz- genossen“ ein Festspiel „Die Strauß“ aufgeführt wurde. Anschließend wurde ein Umzug nach Immerländer Hof eingenommen. Nachdem der Reichspräsident bei der Vorführung ein- gerader Tänze durch Kinder in Tracht und blaudischer Ge- sangsvorträge belagert worden war, fuhr er nach der Stadt zurück.

Gegen 8 Uhr abends begann im Sivilsalon der Empfangsabtheile des Staatsministeriums, zu dem etwa 300 Einladungen ergangen waren. Auch die Landeseitel Birkenfeld und Lübeck waren durch Abordnungen vertreten. Der Reichspräsident ließ sich eine große Anzahl Herren vorstellen. Bei dem anschließenden Essen begrüßte Ministerpräsident von Kink den Reichspräsidenten mit längerer Rede, die mit einem God auf den hohen Gast schloß. Dieser erwiderte, in dem er, a an die Zeit erinnerte, die er als Kommandeur des Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 91 in Oldenburg verlebte hat. Die Rede des Reichspräsidenten schloß mit einem Hurra auf Oldenburg und Deutschland.

Gegen 10 Uhr abends bewegten sich drei große Fackelzüge durch die Straßen der Stadt. Sie trafen vor dem Sivilsalon zusammen, von dessen Balkon der Reichspräsident dem imposanten Schaulustigen bewogte. Nach dem Aufmarsch des Infanterieregiments Nr. 16 fand ein Vorbeimarsch der Fackel statt. Der Reichspräsident rehrte

Wir haben noch  
einen Fehl gemacht, d